

### **Buchbesprechung: Johannes Pollak, Fritz Sager, Ulrich Sarcinelli, Annette Zimmer (Hg.): Politik und Persönlichkeit**

Wydra, Doris

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

#### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Wydra, D. (2008). Buchbesprechung: Johannes Pollak, Fritz Sager, Ulrich Sarcinelli, Annette Zimmer (Hg.): Politik und Persönlichkeit. [Rezension des Buches *Politik und Persönlichkeit*, von J. Pollak, F. Sager, U. Sarcinelli, & A. Zimmer]. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(4), 497-499. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281903>

#### **Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

#### **Terms of use:**

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

eines revolutionären Subjekts. Anders als die Austromarxisten waren sich die britischen Theoretiker der Problematik dieser Perspektive voll bewusst und ihr Bild der „Arbeiterkultur“ ist von der Bedrohung durch eine konsumorientierte Massenkultur geprägt. Angesichts ihrer erwiesenen Gemeinsamkeiten stellt sich natürlich die Frage, ob es geistige Einflüsse der Austromarxisten auf die Cultural-Studies-Tradition gab. Sandner nennt gute Gründe dafür, dies zu verneinen. Besonders wichtig scheint mir hier, ganz abgesehen von dem Vergessen, dem austromarxistische Theoretiker in den Nachkriegszeit allgemein anheim fielen, vor allem die literarische Orientierung der Cultural-Studies-Tradition, die es ihren Vertretern leicht machte, sich – wie die „neue Linke“ Großbritanniens insgesamt – einem als szientistisch verfehmten empiristischen sozialwissenschaftlichen Ansatz zu widersetzen (was ein in sich wiederum erklärungsbedürftiges Phänomen darstellt). In der Two-Cultures-Debatte, die sich zwischen C.P. Snow und F.R. Leavis entspann, sympathisierten Williams und Hoggart eher mit Leavis, wenngleich sie dessen politische Vorstellungen nicht teilten.

Worin besteht nun die Kulturtheorie der hier behandelten Austromarxisten? Trotz Sandners akribischer Arbeit, die viele interessante Bezüge zwischen den grob gesprochen wissenschaftstheoretischen und soziologischen Arbeiten von Neurath, Zilsel, Jahoda und Lazarsfeld und ihrem bewusst undefiniert gehaltenen Kulturbegriff herstellt, ist dies nicht leicht zu beantworten. Eine Kulturtheorie als solche wurde von ihnen nicht entwickelt. Der Vergleich mit der Cultural Studies-Tradition ist insofern aber berechtigt, als er eine wichtige Gemeinsamkeit ihrer Ansätze unterstreicht, nämlich ihre Opposition zum tradierten Kultur- und Bildungsbegriff. Hierin scheint eine Kontinuität zu liegen, die noch genauer zu untersuchen ist. Sandner bezieht diese auf Halls Begriff der „Demokratisierung des Wissens“, den er als den Anspruch versteht, „wissenschaftliches Wissen in einen breiteren gesellschaftlichen Zusammenhang einzubringen und dafür auch auf nicht-universitäre Institutionen, oder solche, die am Rande der Universitäten angesiedelt waren, zurückzugreifen“ (S. 320). Ob diese Definition allerdings ebenfalls die „Demokratisierung von Kultur und Wissenschaft“ (S. 169) abdeckt, um die es, wie schon angemerkt, den behandelten Austromarxisten ging, ist aber nicht ganz offensichtlich. Letztere waren primär um die Entwicklung der geistigen Selbstständigkeit der Arbeiterschaft besorgt und gerade der späte Neurath unterstrich oft, dass dies wenig mit „Popularisierung“ des Wissens zu tun hat. Der Begriff der Demokratisierung des Wissens bzw. von Kultur und Wissenschaft bedarf genauerer Analyse als in vorliegendem Buch gegeben (hierzu mag sich ein Vergleich des jeweiligen theoretischen Verständnisses der Arbeiterbildung bzw. „adult education“ anbieten).

Dass Sandners Zugang zu den kulturtheoretischen Ansätzen des Austromarxismus aber auch in anderen Bezügen fruchtbar sein könnte, legt ein weiterer Vergleichs-

punkt nahe. Trotz ihrer Gemeinsamkeiten zeichnete sich der Austromarxismus durch Beschäftigung mit einem Topos aus, der von der Gründergeneration der Cultural Studies (mit Ausnahme Halls) noch gar nicht bearbeitet wurde, obgleich dieser das gegenwärtige Bild dieser Tradition bestimmt: Identitätspolitik und Multikulturalismus. Die letzte Pointe des Studie Sandners liegt also in der Frage, wie der Vergleich der austromarxistischen Ansätze zu diesen Themen mit denen der rezenten Cultural Studies ausfällt. Diese Frage aber bleibt unbeantwortet. Sandner behandelt zwar Karl Renners und Otto Bauers frühe Beiträge zur Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie und weist darauf hin, dass diese wichtige Vorarbeit zu Neuraths Zweifeln leisteten, eine von nationalen Besonderheiten gereinigte universelle sozialistische Gesellschaft als praktisches Ideal zu behandeln, wie er auch andere Aspekte seiner Opposition zu einem puristischen Verständnis des „neuen Menschen“ aufzeigt. Da die identitätstheoretischen Arbeiten der Cultural-Studies-Tradition aber in deren spätere Phase fallen, die in diesem Buch nicht behandelt wird, bleibt dieser Vergleich anderen Arbeiten vorbehalten.

Sandners Untersuchung führt somit zu Fragen, die man ohne sie kaum stellen würde. Ein gutes Resultat einer Revisitation vernachlässigter Denker des 20. Jahrhunderts.

Thomas Uebel (Manchester)

E-mail: [thomas.e.uebel@manchester.ac.uk](mailto:thomas.e.uebel@manchester.ac.uk)

Johannes Pollak/Fritz Sager/Ulrich Sarcinelli/Annette Zimmer (Hg.)

POLITIK UND PERSÖNLICHKEIT. Wien 2008, facultas.wuv, 300 S., 24,90 EUR.

Demokratie scheint in einer immer bunter werdenden Medienlandschaft mehr und mehr zu einem Wettbewerb um Aufmerksamkeit zu werden, Gesichter, Storys, verdrängen die Sachthemen. Der vorliegende Tagungsband, das Ergebnis einer Dreiländertagung der nationalen politikwissenschaftlichen Gesellschaften aus Österreich (ÖGPW), Deutschland (DVPW) und der Schweiz (SVPW), widmet sich diesem Thema in einer sehr breiten und methodisch differenzierten Herangehensweise. Die Darstellung des Spannungsfelds von Akteur und System und der Handlungsspielraum von Persönlichkeiten innerhalb unterschiedlicher institutioneller Kontexte ist das Ziel, wie auch von Ulrich Sarcinelli in seiner Einleitung hervorgehoben wird. Dabei zeigt er, dass neo-institutionalistische Betrachtungsweisen Platz für die Analyse von Persönlichkeit in der Politik bietet, bezieht man in den Institutionenbegriff Amtsverständnis und Rollenerwartung mit ein. Im Rahmen diverser Rollenanforderungen unterschiedlicher Kommunikationswelten zwischen Verhandlungs- und Mediendemokratie, zwischen Entscheidungs- und Darstellungspolitik entsteht Legitimation sowohl durch instituti-

onelle Strukturen wie durch Kommunikation. Im Weiteren führt der vorliegende Band von einer theoretischen Grundlegung der Betrachtung von Persönlichkeit und Politik über die Analyse gesellschaftlich geprägter Stereotypen zum politischen Leadership und der unterschiedlichen Rolle von Leadership und Persönlichkeit in ausgewählten politischen Systemen.

Patrick Donges sieht die Medien selbst als Institutionen, die den Akteuren Regeln für ein sinnvolles Handeln auferlegen. Damit sind politische Akteure gezwungen, neben politischen Institutionen auch den Ansprüchen anderer institutioneller Regeln gerecht zu werden, womit eine Homogenisierung der Kommunikation einhergeht. Das anscheinend in einer medial strukturierten Welt geforderte „Charisma“, als Kennzeichen politischer Führung hinterfragt Lüddecke sehr kritisch, auch im Hinblick auf seine normative Grundlegung bei Max Weber. Sehr deutlich zeigt er dabei die Problematik, das „Charisma“, also die Fähigkeit zu individueller Entscheidung und Unabhängigkeit vom „Willen der Vielen“, als Gegengewicht zum Populismus und normatives Modell der Personalisierung etablieren zu wollen. Besondere Beachtung findet die Konstruktion von Identität in den Machttheorien von Foucault und Bourdieu, in denen, wie Kristina Hahn hervorstreicht, die Freiheit des Individuums nur vordergründig durch Disziplinierung verloren geht, schließt doch gerade die Machttheorie Foucaults die Freiheit als Technik der Selbstregierung mit ein. Dies gilt in ähnlicher Weise für die Habitusdefinition von Bourdieu, die es den Akteuren ermöglicht, die im Feld geltenden Regeln schöpferisch auszulegen. So wird im Rahmen der strukturierenden Macht Persönlichkeit und deren Freiheit gestaltet.

Diesen theoretischen Überlegungen zur Personalisierung folgt im zweiten Abschnitt die Betrachtung der Dichotomie von Öffentlichem und Privatem im politischen Raum. Der bereits in der Einleitung angesprochene Balanceakt zwischen Kommunikationswelten manifestiert sich nicht nur im politischen Handeln, sondern auch in der Positionierung politischer Akteure zwischen Öffentlichkeit und Privatheit. An den Beispielen des Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit und der baden-württembergischen Politikerin Annette Schawan zeigt Claudia Münzing, wie männliche und weibliche „Coming-out“-Diskurse auf eine männlich und heteronorm strukturierte Öffentlichkeit treffen. Dem gegenüber stellt Karin Liebhart das Wechselspiel von Politikerpersönlichkeiten und Medien bei der Konstruktion von Imagebildern, auch dies geprägt von gesellschaftlichen Männlichkeits- und Weiblichkeitsdiskursen und einem daraus gebildeten Rollenrepertoire. Die Beispiele Angela Merkels, Karl-Heinz Grassers und Eva Glawischnigs verdeutlichen, wie dieses Repertoire zur Selbstdarstellung genutzt wird. Ebenfalls Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit überbrücken politische Freundschaften, die entsprechend der Typologie von Vincenz Leuschner in persönliche Freundschaften in der Politik, politikbezogene Freundschaften und strategische

Freundschaften unterteilt werden können. Quer zu Grenzen politischer Organisation entstehen so informelle Handlungs- und Koordinationsräume, in denen sich professionelle Denk- und Verhaltensweisen mit privaten Beziehungen verbinden.

Welchen gestalterischen Einfluss Persönlichkeit auf politische Strukturen hat, verdeutlichen die Ausführungen des dritten Abschnitts. Sascha Huber veranschaulicht anhand eines Experiments mit 286 wahlberechtigten Personen in Deutschland den Zusammenhang von Kandidateneigenschaften und politischen Standpunkten in der öffentlichen Meinung und zieht daraus den Schluss, dass auch eine stärkere Personalisierung der Politik die politischen Aspekte der Kandidatenbeurteilung nicht in den Hintergrund drängen, Wahlen also nicht zu reinen „Schönheitswettbewerben“ werden. Welche Persönlichkeitsstrukturen weisen aber jene Menschen auf, die als Medien-, Wahlkampf- oder PR-Berater die öffentliche Wirksamkeit von politischen Kandidaten zu formen versuchen? Stephanie Opitz und Gerhard Vowe finden zwischen „grauen Eminenzen“ und „bunten Vögeln“ ein dreifaches K: Kontrolle, Kreativität und Kommunikationskompetenz. Ebenfalls um Persönlichkeitseigenschaften geht es im letzten Beitrag des Abschnitts, wenn Jürgen Stern die Bedeutung Joschka Fischers für die Entwicklung der Grünen in Deutschland betrachtet. An dieser ursprünglich als Anti-Partei konzipierten Bewegung, die sich unter dem Einfluss des Ausnahmepolitikers zur Regierungspartei entwickelte, wird deutlich, dass der Erfolg bzw. Misserfolg von Parteien durch eine Reihe von Faktoren bestimmt wird, darunter auch den Leadership-Fähigkeiten einzelner Personen. Eine theoretische und inhaltliche Erfassung des Leadership-Konzepts erfolgt daran anschließend im vierten Abschnitt. Ganz unterschiedlich ist die theoretische Ausformung des „political leadership“ in der US-amerikanischen Literatur – sich auch anpassend und als Kritik verstehend am Führungsstil des jeweils amtierenden Präsidenten – und in der deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Literatur mit ihrem historisch bedingten schwierigen Verhältnis zum „Führer“-Begriff. Regina M. Jankowitsch verweist demgegenüber auf die Outcomebezogene, prozedurale Betrachtung von Leadership in Großbritannien. Einen anderen Blickwinkel eröffnet Ingeborg Tömmel auf Führungspersönlichkeiten, wenn sie die Leadership-Qualitäten der Präsidenten der Europäischen Kommission Delors, Santer und Prodi vergleicht. Wie sehr gelingt es ihnen, sich Handlungsmöglichkeiten zu erschließen, die über den Kompetenzrahmen des Amtes hinausgehen? In der Beurteilung der Performance zwischen „opportunities“ und „constraints“ kommt Tömmel zum Schluss, dass es nur wenigen Präsidenten, darunter Delors, gelang, die Rolle eines Policy Entrepreneurs einzunehmen, während andere sich – gewollt oder ungewollt – auf Policy Management beschränken mussten. Leadership-Effekte zeigen sich aber auch im Europäischen Parlament, betrachtet man den Zusammenhang von Führungsstil des

jeweiligen Fraktionsvorsitzenden und der Fraktionskoheranz, wie Stefanie Bailer, Tobias Schulz und Peter Selb anhand eines empirischen Mehrebenenmodells nachweisen.

Länderspezifische Ausprägungen von Persönlichkeit und Politik finden sich im letzten Abschnitt des Bandes. Der Wandel der Leitideen der italienischen Demokratie führt, so Stefan Köppl, im Versuch einer Abkehr vom strikten Proporz zur Aufnahme von Leadership-Elementen. Besonders die stark auf ihren Vorsitzenden ausgerichteten Parteien (Lega Nord, Sforza Italia) streben hier nach einer Generalreform des Regierungssystems. Völlig auf eine Führungspersönlichkeit konzentrieren sich die semi-autoritären präsidialen Systeme Osteuropas, wie Nicola Gallina an den Beispielen Ukraine und Russland skizziert. Bedenklich ist dabei die Instrumentalisierung der zentralen Staatsinstitutionen und deren Beitrag zu Herrschaftserhalt und -monopolisierung. Doch nicht nur Persönlichkeitsmerkmale politischer Kandidaten sind zu betrachten, sondern auch jene der Wähler sind zu berücksichtigen, wie Christian Autengruber am Wahlverhalten ethnischer Minderheiten in Bulgarien und Rumänien veranschaulicht. Die Abwesenheit von Möglichkeiten der Interessensartikulation abseits des Parteienwettbewerbs führt dort zu einer zu einer starken Parteibindung.

Insgesamt bietet der Tagungsband, obwohl ihm ein klarer theoretischer und konzeptioneller Rahmen fehlt, einen sehr breiten Zugang zum Thema Politik und Persönlichkeit, der die Problematik aus vielen Perspektiven beleuchtet und zu weiterer Forschung in diesem Bereich anregt.

*Doris Wydra (Salzburg)*

*E-mail: doris.wydra@sbg.ac.at*

*Aron Buzogány/Rolf Frankenberger (Hg.)*

OSTEUROPA. POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT. Baden-Baden 2007, Nomos-Verlagsgesellschaft, 291 S., 45,00 EUR.

Der auf den ersten Blick doch sehr breite Titel erklärt sich bei genauerem Hinsehen daraus, dass der Sammelband innerhalb einer Reihe mit dem Titel „Weltregionen im Wandel“ als zweiter Band erschienen ist. In der Einleitung erklären die beiden Herausgeber zu ihrem Ziel, die Kenntnisse über Besonderheiten und Entwicklungslinien Osteuropas (als einer Weltregion) zu vertiefen. Sie stellen dabei die Analyse des Einflusses der politischen Kultur auf die Transformation und jener auf die Ansichten von Individuen in den Mittelpunkt (S. 11f.). Das Buch wird einem der wichtigsten westdeutschen Kommunismus- und Osteuropaforscher gewidmet, Prof. Gerd Meyer aus Tübingen, der sich auf dem Gebiet der politischen Kulturforschung große Verdienste erworben hat. Ohne den Westen als Vergleichsmaßstab einer politikwissenschaftlichen Osteuropaforschung infrage zu stellen, weisen die Herausgeber

doch auf die in den letzten anderthalb Jahrzehnten sichtbar werdenden Besonderheiten Osteuropas hin. Ein wichtiges abweichendes Phänomen ist die in der Transformation in Richtung Kapitalismus entstandene neue Armut (vgl. den Beitrag von Umut Korkut zu Ungarn und den Roma), aber auch die Tatsache, dass die Utopie der Zivilgesellschaft nur teilweise realisiert werden konnte (S. 18). Die Ausbildung der Armut im Prozess der Transformation spielt auch bei Buzogány eine Rolle, der feststellt: „Im Grunde befinden sich die Regierungen in einer Zange zwischen den internen Wohlfahrtserwartungen der Bevölkerung und den von der EU verlangten Stabilitätsmaßnahmen“ (S. 176).

In dem Band schreiben 14 AutorInnen, solche, die bereits gut in Fachkreisen bekannt sind, wie von Beyme, Bozóki oder Szabó, und auch jüngere „Post-Docs“, die sich schon durch interessante Publikationen ausweisen konnten – neben den Herausgebern sind etwa Jacobs oder Zimmer zu nennen. Charakteristisch für den Stil dieser Art Forschung ist die enge Zusammenarbeit von Forschern aus westlichen Staaten mit denen aus den beobachteten und analysierten Ländern.

Das Buch ist nach den Abschnitten „Staat und Herrschaft“, „Wirtschaft und Entwicklung“, „Kultur und Gesellschaft“ gegliedert. Es finden sich darin Länderstudien und breit vergleichende Beiträge, wobei bei den Ersteren Ungarn und Russland im Mittelpunkt stehen; eine Schwerpunktsetzung, die sich teilweise aus den Forschungsinteressen des gewürdigten Wissenschaftlers ergibt. Bezogen auf die Region als Ganze werden interne Grenzziehungen sichtbar, eine zwischen Russland und Ostmitteleuropa, aber auch Differenzen innerhalb des Raums der neuen EU-Mitgliedstaaten. Buzogány arbeitet in seinem Beitrag über Spielarten des Kapitalismus anhand der Arbeitsbeziehungen vier unterschiedliche Typen von Korporatismus heraus (S. 165ff.).

Auch in dem Beitrag von Jacobs zur Legitimität von Demokratie in Osteuropa wird eine gewisse subregionale Ausdifferenzierung deutlich, die sich allerdings nach Fragestellungen unterschiedlich gestaltet. Allen Daten zugrunde liegt eine Befragung aus dem Herbst 2000 (Political Culture in Europe, S. 220). Im Vergleich zu Westeuropa ist es fast eine durchgängige Besonderheit des ganzen Ostens, dass dem Staat in der Wirtschaft von besonders vielen Befragten eine große Rolle zugemessen wird, Ausnahme sind nur Albanien und Tschechien, wo dieser Aussage ca. 1/3 der Befragten zustimmen. In Bulgarien, Ungarn, Polen, der Slowakei und Russland erwarten hingegen 2/3 oder mehr vom Staat eine direkte wirtschaftliche Rolle. Eine alternative Ordnung zur Demokratie bejahen größere Gruppen der Bevölkerung nur in wenigen Ländern: Der Aussage, dass „ein starker Führer die Dinge besser entscheiden kann“, stimmen (Herbst 2000) 53,5% der befragten Russen und 43,6% der befragten Bulgaren zu, aber nur 11 bzw. 12% der Slowaken, Ostdeutschen und Tschechen sowie 20% der Ungarn; die Aussage, dass